

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 10

Artikel: Die Gefahren der Gewerkschaftspolitik in Australien
Autor: Heimann, Rudolf A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159879>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE GEFAHREN DER GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN AUSTRALIEN

von RUDOLF A. HEIMANN

Nach mehrmonatigem, eingehendem Studium der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Australiens findet man auf die Frage, wer in diesem Kontinent die eigentliche politische und wirtschaftliche Macht innehabe, nur eine Antwort: die Gewerkschaften, die «Unions». Von den 1 650 000 mehr als zwanzig Jahre alten männlichen Lohnempfängern sind 1 150 000 Gewerkschaftsmitglieder, d. h. also ungefähr 70 %. Für die weiblichen Lohnempfänger stellen sich die Zahlen 280 000 von 550 000, also 50 %. Der letzte offizielle Zensus von 1947 beziffert die von dem Total von 7 579 358 Einwohnern im Arbeitsprozeß Stehenden mit 3 167 418. Rund die Hälfte davon, nämlich 1 430 000, sind gewerkschaftlich organisiert.

Die Entstehung der australischen Gewerkschaften

Die gewerkschaftliche Organisation der australischen Arbeiter geht in ihren Anfängen bis in die Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurück. Der Goldrausch hatte damals eine Welle von Immigranten in den Kontinent gelockt. Nachdem der Ertrag der Goldfelder sank, flossen diese Menschenmassen in die australischen Städte zurück. Der bis dahin herrschende Mangel an Arbeitskräften wandelte sich in ein Überangebot. Maurer, Möbeltischler, Bergarbeiter schlossen sich als erste zusammen und griffen schon damals zum Mittel des Streiks. Im Kampf gegen die eindringende Flut der Farbigen, vor allem der Chinesen und Malayen in den Zuckerrohrgebieten von Queensland, errang die Gewerkschaftsbewegung ihre ersten großen Siege und baute ihre straffe Organisation aus. Die Wirtschaftskrisen gegen Ende des Jahrhunderts brachten schwere Konflikte, bei welchen die Arbeiter den Kürzeren zogen. Darum vollzog sich die Wandlung von rein wirtschaftlichen zu politischen Zielen. Der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung auf das heutige Australien muß deshalb auf der sozialen, der wirtschaftlichen und der politischen Ebene untersucht werden.

Die Gewerkschaften als Kämpfer für sozialen Fortschritt

Es besteht kein Zweifel, daß das heutige Australien den Gewerkschaften wesentliche Fortschritte auf sozialem Gebiet verdankt. Schon 1856, also mindestens sechzig Jahre bevor der Achtstundentag in Eu-

ropa sich durchsetzte, errangen sich die Maurer von Melbourne und Sydney diese Verkürzung der Arbeitszeit. Seit 1910 besteht in Australien ein System der Alters- und Invalidenrenten, das z. B. 1949 an ca. 400 000 Rentner einen Totalbetrag von 41 694 000 £ (ca. 410 Millionen SFr.) ausrichtete. Der wöchentliche Höchstbetrag an Renten beträgt heute 2 Pfund $2\frac{1}{2}$ Schilling (ca. 21 SFr.). An Zulagen für Kinder wurden 1949 nahezu 25 Millionen £ ausbezahlt (ca. 250 Millionen SFr.) und für Witwen 4 400 000 £ (ca. 44 Millionen SFr.). Dazu kommen ca. 33 Millionen £ für Mutterschaftsunterstützungen, ca. 19 Millionen £ Kriegspensionen und $1\frac{1}{2}$ Millionen £ an ausgediente Angehörige der Streitkräfte. Die Kinderzulagen sind dieses Jahr durch ein neues Gesetz erhöht worden.

In bezug auf die Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeit wurden ebenfalls entscheidende Änderungen erzielt. Die Gesamtarbeitsverträge für die einzelnen Arbeitskategorien sind bis zu Details wie Polsterung der Stühle, morgendliche und nachmittägliche Teezeit usw. ausgebaut. Im allgemeinen herrscht heute durch Gesetz die Vierzigstundenwoche, wobei in einzelnen Industrien auch nur 36 Stunden gearbeitet wird. Die Bedeutung dieser Errungenschaften muß vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt noch kritisch untersucht werden.

Die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften

Man kann ruhig behaupten, daß die australischen Gewerkschaften heute die entscheidende wirtschaftliche Macht im Staate darstellen. Das Mittel, mit dem diese Macht erzwungen wird, ist der Streik. Kein Tag vergeht, ohne daß in den australischen Zeitungen Mitteilungen über größere oder kleinere Arbeitskonflikte und Streiks angeführt werden. Im Jahre 1948 wurden 1133 Arbeitskonflikte gezählt, von welchen 315 000 Arbeiter betroffen wurden. Die verlorenen Arbeitstage bezifferten sich auf 1 655 338 und der Ausfall an Lohnbezügen schätzungsweise auf 2 284 000 £ (ca. 22 Millionen SFr.).

Bis zu welchen grotesken Auswüchsen diese Methode der Streiks führte, mögen einige Beispiele beweisen:

1. In einer Textilfabrik in Melbourne verlangten die Arbeiterinnen, daß ihnen erlaubt werde, während der Arbeit das Radio zu hören, und zwar nicht nur Musik, sondern vor allem die jeweiligen Reportagen und Resultate der Pferde- und Hunderennen. Die Direktion lehnte dieses Ansinnen ab mit der Begründung, daß dies den Arbeitsprozeß beeinträchtigen würde. Folge: die Arbeiterinnen traten in den Ausstand. Nach einem Monat mußte die Fabrikleitung nachgeben, um nur die Produktion wieder aufzunehmen zu können. Andere Arbeitskräfte konnte sie nicht finden.

2. Im vergangenen Sommer wurde in den Stahlwerken von Newcastle ein neuer Kranführer eingestellt. Die übrigen 32 Kranführer erklärten, daß dieser, als nicht zu ihrer Gewerkschaft gehörig, kein Recht habe, diese Funktion zu erfüllen, und traten in den Ausstand. Ohne Kranführer aber mußten die Werke stillgelegt werden. Tausende von Arbeitern wurden betroffen. Man kam zu einem Übereinkommen, der neue Kranführer wurde entlassen und die Arbeit wieder aufgenommen. Doch nun stellten die 32 Kranführer der Werkleitung die Forderung, den entlassenen Kranführer anderweitig anzustellen. Auf deren Weigerung traten sie erneut in den Ausstand. Und wieder mußte die Werkleitung nachgeben. Wie fest die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsorganisationen unter sich ist, zeigte sich hier darin, daß während des Streikes zum Beispiel von den Kohlenarbeitern auch keine Kohlen mehr nach Newcastle geliefert wurden.
3. Im Elektrizitätswerk des Eisenbahndepartementes von Neu-Südwales wurde ein neuer Generator installiert. Wegen der Dringlichkeit der Installation hatte man mit Sonderbewilligung der Devisenkontrollstelle die Materialien für 25 000 £ in den U.S.A. angekauft. Die Anlage war betriebsbereit, es fehlten nur noch fünf Klammern, die irgendwo angebracht werden sollten. Damit beauftragte die Bauleitung Mitglieder der «Electrical Trade Union». Die Mechaniker, Mitglieder der «Amalgamated Engineering Union», erhoben Protest mit der Begründung, diese Arbeit müsse von ihnen geleistet werden. Beide Gewerkschaften erklärten demzufolge das ganze Werk für «blackjob» und streikten. Die Sache kam vor das Schlichtungsgericht. Nach vier Tagen Streik schlich sich ein Arbeiter zu dem Generator und befestigte die fünf Klammern. Da festgestellt werden konnte, daß dieser Arbeiter a) ein Gewerkschaftsmitglied war, b) aber keiner der beiden streitenden Gewerkschaften angehörte, fiel der Arbeitskonflikt dahin.

Die Liste solcher Beispiele könnte nach Belieben weitergeführt werden. Bei großen Streiks etwa der Docker oder der Grubenarbeiter zeigt sich die Macht der Gewerkschaften und die Ohnmacht des Staates diesen gegenüber besonders deutlich. Da die Regierung über keine Truppen verfügt, um die lebenswichtigen Arbeiten zu übernehmen — wie dies etwa in England die Labourregierung verfügte —, setzen die Gewerkschaften ihren Machtanspruch meist durch.

Das System der Schlichtungshöfe

Die ersten Schlichtungshöfe der Arbeit entstanden 1896 in Victoria. Sie setzten sich in allen Staaten durch und wurden auch vom

Bundesstaat übernommen. Jeder noch so kleine Arbeitskonflikt gelangt vor ihr Forum. Die Methode, daß die Produktion aufrechterhalten bleibt bis zum Schiedsspruch des Gerichts, ist unbekannt. Meist befinden sich die Arbeiter schon im Streik und haben demgemäß ein Druckmittel in der Hand, unter welchem sich die Arbeitgeber beugen müssen.

Eine interessante Funktion erfüllen diese Schlichtungshöfe in bezug auf die Feststellung des Minimallohnes. In einem Streit zwischen Landarbeitern und Farmern wurde 1907 die folgenschwere Entscheidung gefaßt, daß der Mininallohn genügen müsse «zur Deckung der normalen Lebensbedürfnisse einer durchschnittlichen Familie in zivilisierter Gemeinschaft». Standardtyp bildete eine fünfköpfige Familie eines ungelernten Arbeiters. Nach statistischer Auswertung einer Vielzahl von Haushaltsrechnungen wurde dieser Mininallohn festgelegt. Je nach dem Lebenshaltungsindex wandelt sich dieser Ansatz. Fortlaufend werden von den Schlichtungshöfen die Preise der wichtigsten Lebensmittel usw. kontrolliert und je nachdem die «wages» erhöht oder erniedrigt. Ein Arbeiter in Sydney kann jederzeit in der Zeitung nachsehen, auf welchen Lohn er augenblicklich in Sydney Anspruch hat, ebenso ein Arbeiter in Melbourne, Adelaide usw.

Eine der entscheidenden Folgen dieser Lohnpolitik bildet die Nivellierung der Löhne. Der Mininallohn ist im Verhältnis hoch angesetzt. Die Löhne für Spezialisten sind entsprechend niedrig. Damit fällt der Ansporn weg, sich durch Spezialisierung zu verbessern. Für den jungen Australier, der heute als ungelernter Arbeiter etwa 9—10 £ wöchentlich verdient (Bergleute usw. bis 15 und mehr £), hat es keinen Sinn, nach der obligatorischen Schule noch eine jahrelange Spezialausbildung zu genießen, um dann 13 £ in der Woche zu verdienen. Da Australien auch die Akkordarbeit nicht kennt, fallen die beiden Kräfte dahin, welche zu einer qualitativen und quantitativen Produktionssteigerung beitragen könnten.

Die politische Rolle der Gewerkschaften

Die Wandlung der Gewerkschaften vom wirtschaftlichen zum politischen Machtfaktor erfolgte um die Jahrhundertwende. Auch heute noch sind zwar Labor Party und Gewerkschaften voneinander unabhängig. Doch decken sie sich sowohl in bezug auf Führung und Ziele. Die Politik der Arbeiterpartei wird auf den Gewerkschaftskongressen festgelegt. Gestützt auf die straffe Organisation der Gewerkschaften verfügt die Labor Party über eine Schlagkraft, mit welcher die mehr heterogenen bürgerlichen und bäuerlichen Parteien nicht konkurrenzieren können.

Daß die Gewerkschaften und die Labor Party politisch die gleiche Zielsetzung haben, die deutliche Züge reinen Klasseninteresses aufweist, mögen zwei neuere Beispiele beweisen:

1. In den fünf Jahren seit der Beendigung des Krieges hatte die herrschende Labor-Regierung das Land vollständig abgerüstet. Seit Dezember 1949 in der Opposition, waren die Führer der Labor Party die ersten, welche der jetzigen Regierung vorwarfen, zur Unterstützung der UNO in Korea nichts zu unternehmen.
2. Damit die Regierung der drohenden internationalen Situation begegnen könne, hatte sie ein Rekrutierungsprojekt ausgearbeitet, das auf Anfang 1951 in Kraft treten sollte. Dieselben Führer der Labor Party, welche die Regierung angeklagt, weil sie keine Truppen nach Korea schicke, brachten dieses Gesetz in dem von Labor beherrschten Senat zu Fall. Denn mit einer Armee hätte man der bürgerlich-bäuerlichen Regierungskoalition das Instrument in die Hand gegeben, gegen etwaige Streiks vorzugehen.

Die Gewerkschaften und der Kommunismus

Die australische Gewerkschaftsbewegung ist nicht kommunistisch. Unter den Abgeordneten der Labor Party befinden sich keine Kommunisten, auch wenn sie, wie bei der Diskussion über das Antikommunistengesetz, manchmal in ziemlicher Naivität über den Kommunismus diskutieren. Dagegen ist es der kommunistischen Partei gelungen, wichtige Posten in der Leitung einiger Gewerkschaften zu besetzen. Von dort aus haben die Kommunisten die Wahlreglemente der Gewerkschaften auf eine so raffinierte Weise abgeändert, daß es heute fast nicht mehr möglich ist, sie wegzuwählen. Ihre Streikparolen sind denn ganz offensichtlich von der Kominformpolitik inspiriert, wie etwa der Streik der Docker während des indonesisch-holländischen Konfliktes. Eine Neuauflage dieses Streikes nach Ausbruch des koreanischen Krieges scheiterte an dem patriotischen Sinn der Gewerkschaftsmitglieder. Heute besteht auch die Hoffnung, daß mittels des Antikommunistengesetzes gegen diese kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre vorgegangen werden kann.

Schlußbetrachtungen

Es ist sicher dem Einfluß der Gewerkschaften zuzuschreiben, wenn die sozialen Verhältnisse in Australien heute auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau stehen. Bei näherer Betrachtung aber kommt man nicht um den Schluß herum, daß dieser Lebensstandard auf tönernen Füßen steht, und daß es gerade die Gewerkschaften sind, welche ihn mit ihrer Wirtschaftspolitik gefährden.

Australien ist ein reiches Land. Sein Reichtum aber besteht bis heute vor allem in Naturalprodukten, die 75 % seines Exportes ausmachen. Um das Land industriell zu erschließen, brauchte es eine ganz andere Produktionskapazität. Einer solchen Steigerung aber stehen die Gewerkschaften ablehnend gegenüber. So wird zum Beispiel noch heute über 60 % der australischen Kohle mit Pickel und Schaufel gefördert. Akuter Kohlenmangel verhindert die totale Ausnützung der vorhandenen und verzögert die Errichtung neuer Industrieanlagen. Dabei befinden sich, vor allem in Queensland, große Kohlenlager, die maschinell im Tagbau abgebaut werden könnten. Die Gewerkschaft der Kohlenarbeiter aber widersetzt sich jeder maschinellen Ausbeutung.

Im Lichte der allgemeinen Wirtschaftslage werden auch Errungenschaften wie die Vierzigstundenwoche zu Illusionen. Was nützt es schon einem Arbeiter, wenn er am Samstag frei hat, aber keinen anderen Arbeiter findet, um das Dach seines Hauses zu flicken. Das muß er am Samstag selber tun.

Das Beispiel Australien zeigt, daß die gewerkschaftliche Überorganisation letztlich nicht ein fortschrittliches, sondern ein retardierendes Element darstellt. Sie verhindert die Erschließung des Kontinents. Solange die australische Wirtschaft und der australische Arbeiter von dem Reichtum, der durch Wolle und Weizen in das Land kommt, leben können, vermag sich der heutige hohe Lebensstandard zu halten. Jede Wirtschaftskrise aber wird ihm den Todesstoß versetzen.

Die Arbeiteraristokratie von Broken Hill

Wohin die «Vergewerkschaftung» führen kann, zeigt am besten das Beispiel von Broken Hill, der Grubenstadt im Innern von Neu-Südwales. Hier wurde während der Krisenjahre um 1930 zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ein Abkommen getroffen, nach welchem die Arbeiter am Ertrag beteiligt wurden, relativ zu den Welthandelspreisen der geförderten Erze. Heute sind diese Preise so hoch, daß ein Arbeiter ein Mehrfaches seines Arbeitslohnes an dieser Beteiligung verdient. Um diese Privilegien gegen den Zustrom neuer Arbeiter zu schützen, hat man folgende Bestimmungen aufgestellt: nur derjenige darf in den Gruben von Broken Hill arbeiten, der in Broken Hill und im Umkreis von 10 Meilen geboren oder seit zwanzig Jahren ansässig ist. So führt der Weg direkt zu einem rigorosen «Zunftsystem». Zusammen mit Gewerkschaftszwang, Schutzzollpolitik und Planwirtschaft droht diese Entwicklung eine Gesellschaftsform zu schaffen, welche die persönlichen Freiheiten ernsthaft in Frage stellt.